

Offener Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz

anlässlich des geplanten Besuchs bei J. Müller in Brake und Steelwind in Nordenham am Freitag 12.5.23

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Olaf Scholz,

wir als Bürgerinnen und Bürger der Wesermarsch freuen uns, dass Sie zu Besuch in unseren Landkreis kommen. Gerne hätten wir Sie auch bei einem öffentlichen Termin begrüßt und laden Sie ein, einen solchen zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen.

Wir sind eine lebendige und vielfältige Marsch- und Moorregion mit speziellen Bedingungen. Die bisherigen Weservertiefungen haben uns vor große Herausforderungen gestellt: Unsere Weidegräben versalzen massiv durch die Zuwässerung von Weserwasser. Neben dem unwiederbringlichen Verlust der Süßwasserflora und -fauna wird auch die Viehtränke aufs Spiel gesetzt. Unsere Häfen, Siele und Industrieanleger verschlickten, ohne Entschädigung für die Betroffenen. Hochwasserschutz ist für die Wesermarsch essentiell, doch die veränderte Tidedynamik in der Weser steigert unser Risiko erheblich. In der Folge könnten weitergehende kostspielige Baumaßnahmen notwendig werden - wenn wir die Dynamik überhaupt bewältigen können.

Der Kreistag des Landkreises Wesermarsch hat sich angesichts dieser umfassenden Problematik im letzten Jahr ohne Gegenstimme gegen eine weitere Vertiefung der Weser ausgesprochen. Bei einer Betrachtung des gesamtwirtschaftlichen Effekts auf unsere Region stellen wir fest: Wir möchten Landwirtschaft, Industrie, Tourismus und Lebensqualität in der Wesermarsch nicht durch weitere Vertiefungen gefährdet sehen. Der Braker Hafen, der sich als einziger im Kreis und auch in ganz Niedersachsen Vorteile von einer Weservertiefung erwartet, ist so gut aufgestellt und weiß seine Nische als kleinerer Flusshafen zu nutzen, sodass wir ihm voll zutrauen, sein Potential auch ohne eine weitere Weservertiefung zu nutzen.

Auch das Land Niedersachsen, von Ihrer Partei gemeinsam mit den Grünen regiert, kündigt im aktuellen Koalitionsvertrag eine Betrachtung der Gesamteffekte der Maßnahme als Grundlage für die Erteilung seines Einvernehmens an und erwartet vom Bund, die Kosten der bisher entstandenen Schäden zu tragen. Desweiteren möchte das Land Niedersachsen eine Herausnahme der Weservertiefung aus dem Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz und strebt ein normales Planfeststellungsverfahren an.

Der Rotterdamer Hafen hat 24m Tiefgang, was die deutschen Flusshäfen sowieso nie erreichen werden. Wie tief also noch? Es gibt naturräumliche Grenzen von Flussvertiefungen. Dies hat insbesondere die letzte Elbvertiefung mit Stintsterben, exponentiell anwachsender Schlick- und Baggerproblematik und zeitweiliger Rücknahme des angestrebten Tiefgangs deutlich gezeigt. Die Lösung liegt auf der Hand: Flussvertiefungen können ohnehin weltwirtschaftliche Dynamiken in der Schifffahrt nicht aushebeln, und unsere Flusshäfen kennen ihre Stärken für die jeweiligen Schiffsgrößen ganz genau. Wir haben einen Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven, der bisher nicht ausgelastet ist. Eine Kooperation aller deutschen Häfen ist unumgänglich, um unserer Volkswirtschaft eine steigende Kostenlast, unseren Flüssen ein unnötiges bis unmögliches Ausbaggern und unseren Anliegerregionen einen Verlust an Lebensqualität und Wirtschaftskraft zu ersparen.

Wir bitten Sie als Bundeskanzler, sich

- **gegen weitere Flussvertiefungen**
- **für Gespräche und Verträge zu einer Hafenkooperation sowie**
- **für eine Kostenübernahme der bisher entstandenen Schäden durch den Bund einzusetzen.**

Vielen Dank.

Das Aktionsbündnis gegen die Weservertiefung

Mirko Baacke, 0172 5827508, mirko.baacke@web.de

Annette Chapligin, 0172 8432129, annette.chapligin@web.de